

Themenblätter im Unterricht

Frühjahr 2004_Nr. 34

Europa der 25

Osterweiterung der Europäischen Union



INHALT

Seite 3 – 6

Seite 7 – 62

Seite 63

Anmerkungen für die Lehrkraft
2 Arbeitsblätter im Abreißblock
zum Thema: *Europa der 25 – Osterweiterung der Europäischen Union*
Literaturhinweise und Internetadressen

Bestellcoupon auf S. 63/64

Zum Autor:



Bruno Zandonella

Jahrgang 1957, verheiratet, zwei Kinder, lebt in Stuttgart. Er unterrichtete von 1985 bis 1990 die Fächer Deutsch, Geschichte, Gemeinschaftskunde und Ethik an der Wilhelm-Maybach-Schule (Gewerbeschule) und am Gottlieb-Daimler-Gymnasium in Stuttgart-Bad Cannstatt. Von 1990

bis 1997 leitete er das Fachreferat „Deutschland und Europa“ bei der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. Seitdem ist er Fachabteilungsleiter (Deutsch, Gesellschaftswissenschaften, Ethik) am Gottlieb-Daimler-Gymnasium. *Arbeitsschwerpunkte:* Europäische Integration, Migration, Sozialpolitik, Politische Ideengeschichte.

Veröffentlichungen: Theodor Storm. Hans und Heinz Kirch. Lesehefte für den Literaturunterricht. Stuttgart 1990; (Hg.) Europa im Griff der Mafia? Dokumentation. Stuttgart 1993; Petra Moritz/Bruno Zandonella: Europa für Einsteiger. Thema im Unterricht Nr. 5/(3. Aufl.) 2000 (hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung); Gerhart Maier/Bruno Zandonella: Baustelle Sozialstaat. Thema im Unterricht Nr. 15/2001 (hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung); verschiedene Unterrichtsmaterialien für das Fach Ethik und Gemeinschaftskunde.

Themenblätter

→ www.bpb.de >Publikationen (dort auch die vergriffenen)

- Nr. 1: Menschliche Embryonen als Ersatzteillager? Bestell-Nr. 5.351
- Nr. 2: Die Ökosteuer in der Diskussion Bestell-Nr. 5.352
- Nr. 3: Bundestag/Bundesrat (vergriffen)
- Nr. 4: Demokratie: Was ist das? Bestell-Nr. 5.354
- Nr. 5: Fleischkonsum und Rinderwahn Bestell-Nr. 5.355
- Nr. 6: Deutschland, deine Inländer Bestell-Nr. 5.356 (vergriffen)
- Nr. 7: Neuer Markt: Internet und Copyright Bestell-Nr. 5.357
- Nr. 8: Zivilcourage: Eingreifen statt zuschauen! Bestell-Nr. 5.358
- Nr. 9: Pop und Politik Bestell-Nr. 5.359
- Nr. 10: Wer macht was in Europa? Bestell-Nr. 5.360
- Nr. 11: Geben und Nehmen im Bundesstaat Bestell-Nr. 5.361
- Nr. 12: Krieg oder Frieden? Bestell-Nr. 5.362 (vergriffen)
- Nr. 13: Terror und Rechtsstaat Bestell-Nr. 5.363 (vergriffen)
- Nr. 14: Erinnern und Verschweigen Bestell-Nr. 5.364
- Nr. 15: Die Osterweiterung der Europäischen Union Bestell-Nr. 5.365 (vergriffen)
- Nr. 16: Mobbing Bestell-Nr. 5.366
- Nr. 17: Religion und Gewalt Bestell-Nr. 5.367 (vergriffen)
- Nr. 18: Schule und was dann? Bestell-Nr. 5.368 (vergriffen)
- Nr. 19: Familie und Frauen-Rollen Bestell-Nr. 5.369
- Nr. 20: Der Bundestag – Ansichten und Fakten Bestell-Nr. 5.370
- Nr. 21: Hotel Mama – oder die Kunst erwachsen zu werden Bestell-Nr. 5.371
- Nr. 22: Lust auf Lernen Bestell-Nr. 5.372
- Nr. 23: Koalieren und Regieren. Bestell-Nr. 5.373
- Nr. 24: 17. Juni 1953 und Herbst '89. Bestell-Nr. 5.374
- Nr. 25: Heimat ist, wo ich mich wohlfühle. Bestell-Nr.: 5.375
- Nr. 26: Bevölkerungsentwicklung und Sozialstaat. Bestell-Nr.: 5.376
- Nr. 27: Aktien – Chancen und Risiken. Bestell-Nr. 5.377
- Nr. 28: Globalisierung – Ängste und Kritik. Bestell-Nr. 5.378
- Nr. 29: Nationale Symbole Bestell-Nr. 5.379
- Nr. 30: Arbeitslosigkeit – Ursachen und Abhilfen Bestell-Nr. 5.380
- Nr. 31: Zuwanderung nach Deutschland Bestell-Nr. 5.381
- Nr. 32: Familienbande Bestell-Nr. 5.382
- Nr. 33: Internet-Sicherheit Bestell-Nr. 5.383
- Nr. 34: Europa der 25 – Osterweiterung der EU. Bestell-Nr. 5.384
- Nr. 35: Staatsverschuldung – Ausmaß und Folgen Bestell-Nr. 5.385
- Nr. 36: Präsidentschaftswahlen in den USA Bestell-Nr. 5.386
- Nr. 37: 20. Juli 1944: Attentat auf Hitler Bestell-Nr. 5.387
- Nr. 38: Jugendbeteiligung in der Demokratie Bestell-Nr. 5.388

Abonnieren Sie den bpb-Schulnewsletter!

→ www.bpb.de/newsletter

und erhalten Sie Informationen zu den aktuellen Publikationen, Projekten und Angeboten der bpb rund um Schule und Unterricht: vier Mal im Jahr – das gebündelte Angebot der bpb.

Impressum

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb
Adenauerallee 86, 53113 Bonn
www.bpb.de
E-Mail der Redaktion: moeckel@bpb.de

Autor: Bruno Zandonella
Redaktion: Iris Möckel (verantwortlich), Sabine Klingelhöfer

Gestaltung: Leitwerk. Büro für Kommunikation, Köln
Titelbild: Leitwerk, © Europakarte: Atelier Rechl
Druck: Neef + Stumme, Wittingen

Text und Illustrationen sind urheberrechtlich geschützt.

Der Text kann in Schulen zu Unterrichtszwecken vergütungsfrei vervielfältigt werden.

Bei allen gesondert bezeichneten Fotos und Karikaturen liegen die Rechte nicht bei uns, sondern bei den Agenturen.

Haftungsausschluss: Die bpb ist für den Inhalt der aufgeführten Internetseiten nicht verantwortlich.

1. Auflage: April 2004

ISSN 0944-8357

Bestell-Nr. 5.384 (siehe Bestellcoupon S. 63)

Bruno Zandonella

Europa der 25

Die Europäische Union wächst und wächst. Sie erlebt in diesem Jahr ihre fünfte und größte Erweiterungsrunde: Am 1. Mai 2004 werden acht mittel- und osteuropäische Staaten – die Tschechische Republik, Estland, Lettland, Litauen, Ungarn, Polen, Slowenien und die Slowakei – sowie Zypern und Malta der EU beitreten. Die Bezeichnung „Erweiterung“ wird dabei der Bedeutung des Vorhabens nicht gerecht, denn anderthalb Jahrzehnte nach dem Ende des Ost-West-Konflikts ist die lang ersehnte **Einheit Europas** in greifbare Nähe gerückt, kann die Teilung des Kontinents dauerhaft überwunden werden. Damit der Übergang von Westeuropa nach Gesamteuropa aber gelingt, sind weit reichende Reformen nötig – und zwar in den Beitrittsländern und innerhalb der Europäischen Union.

Die Staats- und Regierungschefs der EU legten 1993 auf ihrem Gipfel in Kopenhagen **drei Kriterien für die Aufnahme** neuer Mitgliedsstaaten fest („Kopenhagener Kriterien“): Das politische Kriterium verlangt eine stabile demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, die Wahrung der Menschenrechte und den Schutz von Minderheiten. In wirtschaftlicher Hinsicht ist eine funktionierende Marktwirtschaft erforderlich, die in der Lage ist, dem Wettbewerbsdruck im Binnenmarkt standzuhalten. Schließlich müssen die Beitrittskandidaten auch das gesamte EU-Recht, den so genannten „Acquis Communautaire“, übernehmen und in ihren Ländern vollständig in nationales Recht umsetzen.

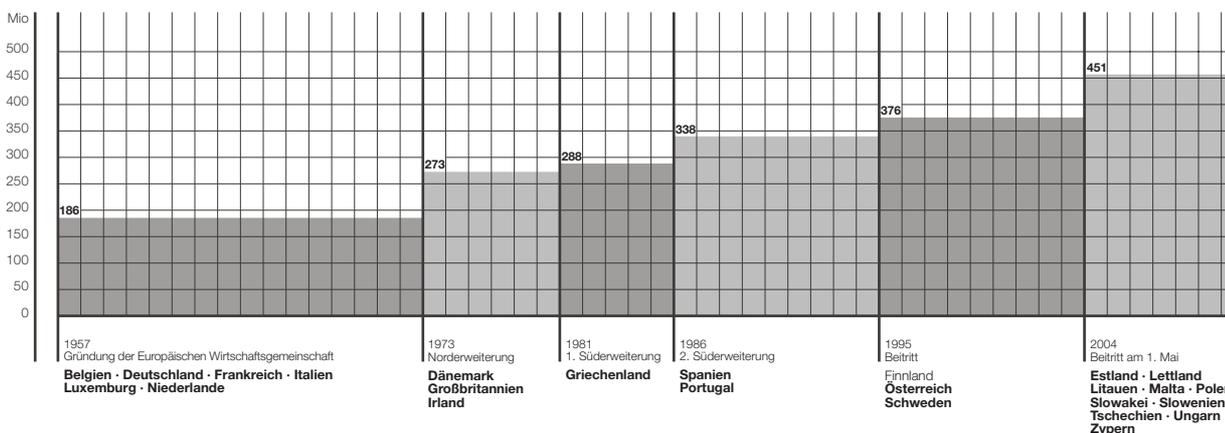
Zehn der zwölf Beitrittskandidaten haben diese Bedingungen erfüllt; ihr Beitritt wurde auf dem Gipfeltreffen 2002 wiederum in Kopenhagen beschlossen. Bulgarien und Rumänien sollen bis 2007 folgen. Die Aussicht, bald der Europäischen Union, einem großen und wohlhabenden Wirtschaftsraum, anzugehören, hat in Mittel- und Osteuropa dazu beigetragen, dass der Übergang vom Kommunismus zur Demokratie und zur Marktwirtschaft trotz aller sozialen Härten und schmerzhaften Umstellungen friedlich und erfolgreich verlaufen ist.

Notwendiger Integrationsprozess

Mit dem Beitritt ist der Integrationsprozess aber noch längst nicht abgeschlossen: Umfragen zufolge sieht die Bevölkerung der Osterweiterung überwiegend mit Skepsis entgegen. Zum einen schrecken die hohen **Kosten**. Brüssel hat für die kommenden vier Jahre Finanzhilfen von 41 Milliarden Euro eingeplant; Ausgaben, die auf lange Sicht dadurch aufgefangen werden sollen, dass der erweiterte Binnenmarkt auch mehr Wirtschaftswachstum verspricht. Zum zweiten nahen – anders als bei der Süd- oder Norderweiterung – jetzt zehn „Unbekannte“. Die **Fremdheit**, die durch den Eisernen Vorhang zwischen West und Ost in einem halben Jahrhundert gewachsen war, kann nicht von heute auf morgen überwunden werden.

Und ein weiteres schwerwiegendes Problem hat die Osterweiterung bewusst gemacht: Fast alle Nachbarstaaten – von Marokko bis Moldawien – drängen in die Union. **Wie groß soll Europa eigentlich werden?** Gehört die (islamische) Türkei in die europäische Gemeinschaft? Soll die Union nur Länder des alten Kontinents zulassen oder auch solche, die sich „europäisch“ fühlen? Die politische und kulturelle **Heterogenität Europas** wird sich mit jeder Erweiterung vergrößern. Solange alle wichtigen Entscheidungen aber von der Zustimmung eines jeden Mitgliedsstaates abhängen, besteht die Gefahr, dass die Gemeinschaft handlungsunfähig wird. Die Sorge um die **Handlungsfähigkeit** der erweiterten Union ist noch größer geworden, seit die Regierungskonferenz in Brüssel am 12./13. Dezember 2003 gescheitert ist und keine neue Machtverteilung im Rahmen einer EU-Verfassung beschließen konnte.

Wachsende Gemeinschaft - Bevölkerung der Europäischen Union in Millionen



Was bringt die Osterweiterung?

Vorteile, Chancen und Hoffnungen

- 1) Der **Transformationsprozess** in den mittel- und osteuropäischen Staaten wurde durch die Perspektive einer EU-Mitgliedschaft beschleunigt. Die **Modernisierung** der Beitrittsländer wird auch weiterhin durch EU-Finanzhilfen, durch Direktinvestitionen und rasch wachsende Handelsbeziehungen gefördert.
- 2) Die Osterweiterung trägt dazu bei, nach dem Ende des Ost-West-Konflikts die **Vereinigung Europas** zu verwirklichen und den **Frieden** dauerhaft zu sichern.
- 3) Die europäische **Wertegemeinschaft** (Demokratie, Rechtsstaat, Marktwirtschaft) wird auf Gesamteuropa ausgedehnt.



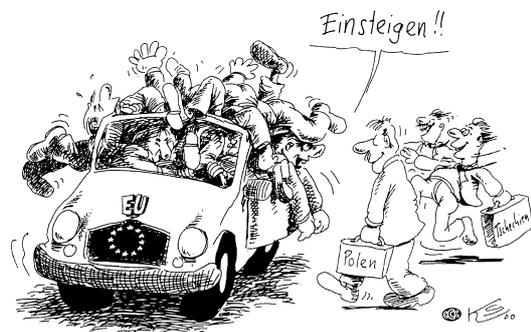
Zeichnung: Gerhard Mester

4) Von der **Vergrößerung des Binnenmarkts** erhofft man sich neue Impulse für das Wachstum – und zwar für die „alten“ wie „neuen“ EU-Staaten. Mit steigendem Wohlstand entsteht in Mittel- und Osteuropa ein attraktiver Absatzmarkt auch für qualitativ hochwertige Produkte, und der Handel wird einfacher und kostengünstiger, wenn Zölle und Handelsbeschränkungen wegfallen. Am meisten profitieren jene Staaten, die enge geografische, historische und kulturelle Beziehungen zu den Kandidatenländern unterhalten. Dazu zählt auch Deutschland. Im Jahr 2002 exportierten deutsche Firmen Waren im Wert von 53,5 Milliarden Euro in die zehn Beitrittsländer. Zum Vergleich: Die Ausfuhren in die USA beliefen sich im gleichen Zeitraum auf 68,2 Milliarden Euro.

5) Die Bürgerinnen und Bürger profitieren spürbar von den praktischen **Erleichterungen beim Reiseverkehr**. Den Bewohnern der Beitrittsländer kommt auch zugute, dass die europäischen Regelungen zum **Umwelt- und Verbraucherschutz**, zur Bekämpfung von Kriminalität und illegaler Einwanderung übertragen werden.

Kosten, Risiken und Ängste

- 1) Den Beitrittsländern fällt es besonders schwer, eine **Einschränkung der gerade erst wieder gewonnenen nationalen Souveränität** in Kauf zu nehmen.
- 2) Ökonomisch werden langfristig zwar alle von der erweiterten Union profitieren, aber kurzfristig werden mehr Altmitglieder zu Nettozahlern, d.h. sie zahlen mehr ein, als sie an Strukturmitteln und Fördergeldern von der EU zurückbekommen. Über **40 Milliarden Euro** will die EU bis 2006 für die Erweiterung ausgeben.
- 3) Aufgrund des wirtschaftlichen Entwicklungsunterschiedes zwischen den bisherigen EU-Ländern und den Beitrittsländern gibt es **Ängste** in der Bevölkerung. Im Westen fürchtet man, dass das deutliche Lohngefälle zu einer Massenzuwanderung von Arbeitskräften von Ost- nach Westeuropa führen wird. In den Beitrittsländern dagegen regt sich Widerstand gegen den Ausverkauf von Land und Immobilien an die finanzstarken Westeuropäer (vgl. Arbeitsblatt Seite B).
- 4) Der **Anpassungsdruck** auf bestimmte Regionen und Wirtschaftszweige wird in den Beitrittsländern und in den derzeitigen Mitgliedsstaaten steigen. In den Altländern befürchtet man, dass aus Kostengründen vermehrt Arbeitsplätze in die neuen Mitgliedsstaaten verlegt werden. Dagegen fürchten Unternehmen in den Beitrittsländern, dass sie dem Wettbewerb mit technologisch überlegenen Produzenten im Westen nicht gewachsen sind.



Zeichnung: Klaus Stuttmann

5) Die **Heterogenität** in der erweiterten Union wird zunehmen. Die größeren Interessensunterschiede (z.B. zwischen „armen“ und „reichen“ Mitgliedsstaaten) werden die ohnehin komplizierte Entscheidungs- und Kompromissfindung innerhalb der Union noch weiter erschweren. Auf eine Verfassung, die auch zukünftig die Handlungsfähigkeit der EU gewährleisten sollte, konnten sich die Staats- und Regierungschefs nicht einigen.

Quiz: Unbekannte Nachbarn

Kennen Sie die neuen Mitgliedsstaaten?

1. Welche der folgenden Hauptstädte liegt an der Donau?
 - a) Bratislava
 - b) Ljubljana
 - c) Bukarest
2. Welches Land hat keine rote Farbe in seiner Fahne?
 - a) Slowenien
 - b) Estland
 - c) Litauen
3. Wie bestellt man in Polen einen Kaffee?
 - a) „Jednu kávu, prosím!“
 - b) „Poprosze filizanke kawy.“
 - c) „Egy kávé t kérek!“
4. In welchem Land wird links gefahren?
 - a) Zypern
 - b) Lettland
 - c) Malta
5. In welcher Stadt wurde die älteste deutsche Universität gegründet?
 - a) Krakau
 - b) Budapest
 - c) Prag
6. In welchem Land kann man nicht mit Lira bezahlen?
 - a) Bulgarien
 - b) Malta
 - c) Türkei
7. Welches Land hat auch nach der Erweiterung 2004 keine gemeinsame Grenze mit der EU?
 - a) Ukraine
 - b) Moldawien
 - c) Weißrußland
8. Was isst man gerne in Estland?
 - a) Rote Beete-Suppe mit Dill-Sahne
 - b) Gebratenen Lachs mit Pflaumenkompott
 - c) Heringssalat
9. Welches ist die größte nationale Minderheit in Polen?
 - a) Ukrainer
 - b) Deutsche
 - c) Weißrussen
10. Wo liegt der geografische Mittelpunkt Europas? In der Nähe von...
 - a) Maribor (Slowenien)
 - b) Vilnius (Litauen)
 - c) Debrecen (Ungarn)

Soziale und ökonomische Schlüsselzahlen zu den Beitrittsländern (2002)

	Estland	Lettland	Litauen	Malta	Polen	Slowakei	Slowenien	Tschech. Republik	Ungarn	Zypern	Bulgarien	Rumänien	Türkei
													
Einwohner (Mio)	1,4	2,4	3,5	0,4	38,2	5,4	2,0	10,2	10,2	0,8	7,9	21,8	69,65
Fläche (1000 km ²)	45	65	65	0,3	313	49	20	79	93	9	111	238	775
Bevölkerungsdichte (Einwohner / km ²)	30	36	53	1259	122	110	99	130	108	86	71	92	90
BIP pro Kopf (KKS ¹ in Euro)	10000	8500	9400	11700	9500	11400	17700	14400	13600	17400	5900	5900	5500
· in % EU-Schnitt	42	35	39	55	39	47	74	60	57	72	25	25	23
Landwirtschaft													
· Anteil am BIP	5,4	4,7	7,1	2,8	3,1	4,5	3,3	3,7	4,3	4,3	12,5	13,0	11,5
· Anteil an der Beschäftigung	6,5	15,3	18,6	2,3	19,6	6,6	9,7	4,9	6,0	5,3	10,7	37,7	33,2
Wachstum (in %)	6,0	6,1	6,7	1,2	1,6	4,4	3,2	2,0	3,3	2,2	4,8	4,9	7,8
Arbeitslosenquote ²	9,1	12,8	13,1	7,4	19,9	18,6	6,0	7,3	5,6	3,8	18,1	7,0	10,4
Inflationsrate (in %)	3,6	2,0	0,4	2,2	1,9	3,3	7,5	1,4	5,2	2,8	5,8	22,5	45

¹ Kaufkraftstandards² in % der Erwerbstätigen

Quelle: Eurostat

Polen auf dem Weg in die EU



Zeichnung: Lex Drawinski

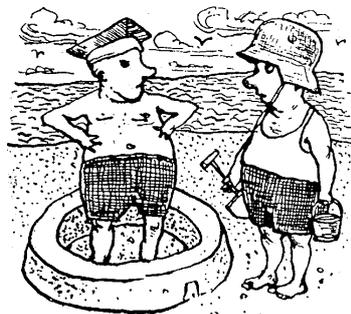
Um die Erweiterung am konkreten Fall zu veranschaulichen, bietet sich Polen als Beispiel an. In der anstehenden Erweiterungsrunde ist es das mit Abstand größte Land: Polen hat 38,2 Millionen Einwohner – mehr als die neun anderen Beitrittsländer zusammen. Aus deutscher Sicht ist der Beitritt Polens zur EU von besonderem Interesse: Deutschland wird seine Randlage an der Peripherie des „Westens“ los und rückt in die „Mitte“ Europas. Der östliche Nachbar ist ein wichtiger Handelspartner mit einem großen Absatzmarkt. Die deutschen Exporte nach Polen beliefen sich 2002 auf 16,1 Mrd Euro (das entspricht fast einem Viertel der Ausfuhren in die USA!). Und auch als Produktionsstandort für deutsche Firmen ist Polen attraktiv, weil die Arbeitskosten dort erheblich niedriger sind. Auf der anderen Seite weckt der Beitritt Polens Ängste in der Bevölkerung: Viele Deutschen befürchten die Konkurrenz billiger polnischer Arbeitnehmer, die Abwanderung von Arbeitsplätzen nach Polen und das Ansteigen der Kriminalität. In Polen dagegen geht die Angst vor einem „Ausverkauf polnischen Bodens“ um (vgl. Abbildungen Seite 4 und Seite B).

Problem Landwirtschaft

In allen mittel- und osteuropäischen Staaten ist die Bedeutung des Agrarsektors deutlich größer als im EU-Durchschnitt. In Polen arbeiten 19,6 Prozent aller Beschäftigten in der Landwirtschaft (EU-15: 4,3 %), aber sie erwirtschaften nur 3,1 % des Bruttoinlandsprodukts (EU-15: 2,0%). 38 Prozent aller Polen wohnen auf dem Land. Es gibt zwei Millionen kleine Familienbetriebe mit durchschnittlich 7,9 Hektar Land. 60 000 Höfe sind sogar nur 1 bis 3 Hektar groß. Zwei Drittel der Landwirte produzieren überwiegend für den Eigenbedarf. Aufgrund der vorwiegend kleinen Betriebsgröße, der mangelnden Ausstattung mit Maschinen und der geringen Spezialisierung erreichen die Erträge nicht einmal ein Drittel des EU-Niveaus, und die Einkommen der Bauern liegen ein Viertel unter dem Landesdurchschnitt. Während Touristen die malerischen Bauerndörfer mit Pferdefuhrwerken, schnatternden Gänseherden und Storchennestern genießen, ist die Lage für die Bewohner oft bedrückend: Nach dem EU-Beitritt werden voraussichtlich vier von fünf polnischen Kleinbauern ihren Hof aufgeben müssen. Drei Millionen Menschen werden im Zuge des EU-Beitritts ihre Arbeit verlieren, und das bei einer Arbeitslosenquote von 19,9 Prozent, der höchsten aller Beitrittsländer. Zwar sind mehr als die Hälfte der Privatbauern Nebenerwerbslandwirte, aber die Rente, Arbeitslosenhilfe oder Sozialhilfe reicht alleine nicht zum Überleben. Die Direktbeihilfen an landwirtschaftliche Betriebe wurden 1992 im Rahmen der EU-Agrarreform eingeführt, um die Einkommensverluste der Bauern auszugleichen. Die polnischen Bauern erhalten zunächst nur 25 Prozent dieser EU-Hilfen. Sie werden bis 2006 auf 35 Prozent des Westniveaus erhöht und eventuell noch durch nationale Beihilfen ergänzt. Doch ein polnischer Bauer wird auch dann noch 40 Prozent weniger an Unterstützung erhalten als sein Kollege diesseits der Oder. Keiner der bisherigen „Nettoempfänger“ (z.B. Spanien) ist gewillt, auf Zahlungen aus Brüssel zu verzichten und auch kein „Nettozahler“ (z.B. Deutschland) ist bereit oder in der Lage, zugunsten der neuen Partner höhere Beiträge in die EU-Kasse zu leisten.

Droht eine neue Zuwanderungswelle?

Die Freizügigkeit ist neben der Finanzierung der Agrarpolitik eine der heikelsten Fragen der Ost-Erweiterung. Hohe Arbeitslosigkeit und geringes Lohnniveau in Osteuropa erzeugen zweifellos einen Druck auf den deutschen Arbeitsmarkt, insbesondere bei Dienstleistungen, in der Landwirtschaft oder im Baugewerbe. Aber bei der Weinlese oder in den Gaststätten sind Arbeitskräfte aus Osteuropa schon heute unverzichtbar, weil sie auch Jobs annehmen, die Deutsche gar nicht haben wollen. Wissenschaftliche Studien belegen, dass der Einwanderungsdruck weit geringer ist als angenommen. Das Münchner ifo-Institut rechnet mit 2,7 Millionen Einwanderern aus den Beitrittsländern (darunter 1,1 Millionen Polen) – in einem Zeitraum von 15 Jahren. In Deutschland werden die Osteuropäer erst nach einer Übergangsfrist von bis zu 7 Jahren freien Zugang zum Arbeitsmarkt bekommen. Bis dahin wird der wirtschaftliche Aufholprozess auch für mehr Wohlstand in den Beitrittsländern



Zeichnung: Rafal Zawistowski, Zycie 2001

sorgen. Die Erfahrungen mit der Süderweiterung um Spanien, Portugal und Griechenland zeigen, dass die meisten Menschen lieber in ihrer Heimat bleiben, wenn sie im eigenen Land eine wirtschaftliche Perspektive sehen.

Alle polnischen Karikaturen aus: *Polen, Deutschland und die EU-Osterweiterung* (auch online), hrsg. von der niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung, → www.nlpb.de

Lösung Quiz (siehe Seite 3): 1a; 2b; 3b (3a: tschechisch, 3c: ungarisch); 4a und c; 5c (1348 von Kaiser Karl IV.); 6a; 7b; 8c (8a: Litauen, 8b: Lettland); 9b (550 000 Deutsche, 400 000 Ukrainer, 300 000 Weißrussen); 10b

Bruno Zandonella

Europa der 25 – Die Osterweiterung der Europäischen Union

Seit ihrer Gründung mit ursprünglich sechs Mitgliedsstaaten im Jahre 1957 ist die Europäische Gemeinschaft ständig gewachsen. 1973 traten Dänemark, Großbritannien und Irland bei, 1981 Griechenland und 1986 Portugal sowie Spanien. Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts hat sich auch die europäische Integration beschleunigt: 1995 sind zunächst Schweden, Finnland und Österreich beigetreten. Heute steht die Europäische Union vor der größten Erweiterungsrunde ihrer Geschichte: Am 1. Mai 2004 wird mit dem Beitritt der Tschechischen Republik, Estlands, Zyperns, Lettlands, Litauens, Ungarns, Maltas, Polens, Sloweniens und der Slowakei die Zahl ihrer Mitglieder von 15 auf 25 erhöht. Und damit ist die europäische Einigung noch lange nicht am Ende. Rumänien und Bulgarien sollen 2007 folgen, und mit der Türkei steht schon der nächste Anwärter vor der Tür. Auch Kroatien hat bereits einen Beitrittsantrag gestellt.

Diese Erweiterung bietet die historisch einmalige Chance, die Teilung Europas zu überwinden und die Integration des gesam-

ten Kontinents voranzutreiben. Aber es ist auch eine einmalige Herausforderung, gleichzeitig zehn neue Mitgliedsstaaten aufzunehmen: In der EU der 25 leben 451 Millionen Bürger – 75

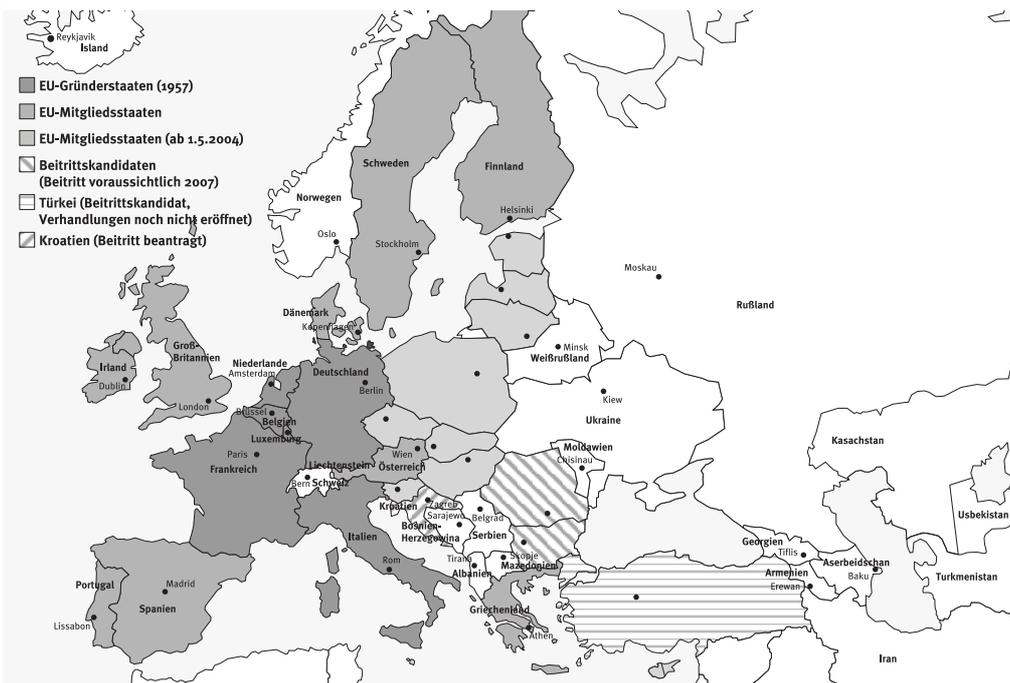


Zeichnung: Walter Hanel

Millionen mehr als bisher. Das Unionsgebiet wird um ein Viertel größer; die Wirtschaftskraft (das Bruttoinlandsprodukt) steigt aber nur um neun Prozent. Zwar verspricht man sich von der Ausdehnung des Binnenmarktes einen wirtschaftlichen Nutzen für die „neuen“ und „alten“ Mitgliedsländer, aber die Erweiterung ist auch teuer: In der Landwirtschaft arbeiten jetzt doppelt so viele Menschen, die auf Agrar-

hilfen angewiesen sind. Die Verteilung von EU-Subventionen mit 25 statt bisher 15 Mitgliedsstaaten wird schwieriger. Ein Verfassungskonvent hat deshalb Vorschläge erarbeitet, wie die Europäische Union reformiert werden muss, damit sie auch mit 25 und mehr Mitgliedsstaaten handlungs- und entscheidungsfähig bleibt. Doch die Staats- und Regierungschefs konnten sich im Dezember 2003 beim EU-Gipfel in Brüssel nicht auf eine neue europäische Verfassung einigen.

Wie groß soll die Europäische Union werden?



Tragen Sie die Namen der Beitrittsstaaten in die Karte ein.

Benutzen Sie die internationalen Kfz-Zeichen: BG, CY, CZ, EST, H, M, LV, LIT, M, PL, RO, SK, SLO, TR.

Kennen Sie auch die Hauptstädte?

Wie groß soll die Europäische Union Ihrer Meinung nach überhaupt werden? **Zeichnen Sie die von Ihnen gewünschte Außengrenze in die Karte ein** und vergleichen Sie Ihre Lösung mit der geografischen Grenze des europäischen Kontinents. Wie beurteilen Sie die Darstellung Europas auf den Euro-Banknoten?

Zum Beispiel Polen: Problemfall Landwirtschaft

Elzbieta und Henryk Maciejewski betreiben im Dorf Klukowo, etwa einhundert Kilometer nordöstlich von Warschau, eine typisch polnische Landwirtschaft, wie sie in Deutschland nur noch in Bilderbüchern zu sehen ist. Auf dreieinhalb Hektar Land bauen sie Roggen und auf einem halben Hektar Kartoffeln an. Dazu kommt noch ein Hektar Weide. Im Stall stehen sieben Kühe und vier Schweine, auf dem Hof gackert eine Schar garantiert ökologischer Freilandhühner. Der Stall von Frau Elzbieta ist blitzsauber, die Euter der Kühe werden von der Melkerin gründlich gewaschen, und die rahmige Milch, die sie dreimal in der Woche auf den Markt bringt, schmeckt hervorragend. Dennoch ordnet die Molkerei, die an den übrigen Tagen die Milch abholt, Frau Elzbietas Milch in die zweite Kategorie ein. Das veraltete Kühlgerät der Maciejewskis schafft mit Mühe und Not eine Temperatur von elf Grad – im Sommer kann auch davon nicht die Rede sein. Viele Nachbarn, die nur zwei oder drei Kühe besitzen, haben überhaupt kein Kühlgerät. Um aber die Bakterienzahl in der Milch gering zu halten, wäre der Kauf eines neuen Gerätes, das auf acht Grad abkühlt, unumgänglich – doch diese Anschaffung würde sich nie rentieren. Bis Herbst 1997 war für die Maciejewskis die Welt noch in Ordnung. Ihr Hof ermöglichte ihnen und Henryks Eltern ein bescheidenes Auskommen. Dann aber hatte die EU Kontrolleure in polnische Molkereien geschickt und danach den Import von polnischen Milchprodukten in die EU verboten. In der EU nämlich trinkt man nur Milch der Klasse eins.

Janusz Tycner: Polen, Deutschland und die EU-Osterweiterung: Chancen, Hoffnungen, Ängste – mit polnischen Augen gesehen. Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung, Hannover 2003, S. 18 f.

(Auszug; kompletter Text: → www.nlpb.de Suche: Online-Publikationen)

Welche Agrarpolitik soll die EU betreiben? Diskutieren Sie folgende Vorschläge:

- 1.) Die EU stellt verstärkt finanzielle Hilfen bereit, um polnische Höfe und Molkereien rentabel und wettbewerbsfähig zu machen. Für die Modernisierung von Polens Landwirtschaft müssten die wirtschaftlich starken Mitgliedsstaaten (vor allem Deutschland) höhere Beiträge an die EU bezahlen. Immerhin sichert die Landwirtschaft in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit jedem fünften Polen den Lebensunterhalt.
- 2) Da der Anteil der Agrarausgaben am Gesamthaushalt der EU schon heute unverhältnismäßig hoch ist (über 40 Prozent), werden nur die vorhandenen Finanzmittel unter allen - den alten wie neuen - Mitgliedsstaaten gleichermaßen verteilt. Als Folge müssten die Bauern in den „alten“ Mitgliedsstaaten (z.B. Spanien) auf einen erheblichen Teil der gewohnten Subventionen verzichten.
- 3) Eine Gleichstellung der Beitrittsländer bei den Agrarsubventionen würde den EU-Haushalt sprengen. Allein Polen hat mit 1,3 Millionen Milchbauern genauso viele Milcherzeuger wie die gesamte übrige EU zusammen. Es macht keinen Sinn, Klein- und Kleinstbauern zu unterstützen, die auf Dauer nicht wettbewerbsfähig sind. Polen muss seine Landwirtschaft selbst reformieren. Die bäuerlichen Betriebe müssen größer werden, sich modernisieren und spezialisieren.
- 4) Die Lebensmittelstandards in der Europäischen Union werden gesenkt und die in Polen auf traditionelle Weise produzierte Milch wird auch für den Export in die übrigen EU-Länder zugelassen.

Den Beitritt vor Augen: Deutsche und polnische Ängste



Welche Ängste und Vorurteile belasten das Verhältnis zwischen Deutschen und Polen? Kennen Sie noch weitere? Woher kommen diese Einstellungen? Was könnte man dagegen tun?



Literaturhinweise

- Aust, Stefan; Schmidt-Klingenberg, Michael (Hrsg.): Experiment Europa. Ein Kontinent macht Geschichte. Stuttgart/München: Deutsche Verlags-Anstalt, 2003
- Bachmann, Klaus: Polens Uhren gehen anders. Warschau vor der Osterweiterung der Europäischen Union. Stuttgart/Leipzig: Hohenheim Verlag, 2001
- Gehler, Michael: Europa. Frankfurt a. M.: Fischer Taschenbuch Verlag, 2002
- Herz, Dietmar: Die Europäische Union. München: C. H. Beck, 2002
- Hörburger, Hortense (Hrsg.): Einbahnstraße EU-Erweiterung? Unsere Nachbarn melden sich zu Wort. Marburg: Schüren Presseverlag, 2001
- Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.): Die Türkei vor den Toren Europas. Der Bürger im Staat, Heft 1/2000
- Oswald, Bernd: Europa. Europäische Verlagsanstalt: (Wissen 3000), Hamburg 2003
- Tycner, Janusz: Polen, Deutschland und die EU-Osterweiterung: Chancen, Hoffnungen, Ängste – mit polnischen Augen gesehen. Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung, Hannover 2003.

Schriften und Materialien der Bundeszentrale:

Auch online unter: → www.bpb.de/publikationen

Schriftenreihe

- Jäger-Dabek, Brigitte: Polen. Eine Nachbarschaftskunde. Schriftenreihe Nr. 431, 2003
- Schlögel, Karl: Die Mitte liegt ostwärts. Schriftenreihe Nr. 379, 2002

Informationen zur politischen Bildung

- Nr. 273 Polen
- Nr. 276 Tschechien
- Nr. 277 Türkei
- Nr. 279 Europäische Union

Informationen zur politischen Bildung aktuell

- Nr. 012 Erweiterung der Europäischen Union

Themenblätter im Unterricht

- Nr. 10 Wer macht was in Europa?
Die Organe der Europäischen Union (Restauflage)

Das Parlament – Themenausgaben

- Nr. 33–34/02 Polen und Tschechien
- Nr. 41/02 Die baltischen Staaten

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung DasParlament

- B-1-2/02 Osteuropa: EU-Erweiterung
- B-1-2/03 Zukunft Europas

fluter

- Nr.7/2003: In der Ferne, so nah. Das Tschechien-Heft.
- Nr.4/2002: Mehr Europa. Das Beispiel Polen.

Internetadressen

- www.eiz-niedersachsen.de
- www.europa.eu.int
- www.lehrer-online.de
- www.europa-wird-bunter.de
- www.eu-erweiterung.nrw.de
- www.europa-digital.de/laender/
- www.mehr-europa.de
- www.eunity.org



Bestellcoupon

Achtung: Neue Versandbedingungen! Bis 1 kg kostenlos und portofrei, bei 1-15 kg Portobeitrag von ca. 4,60 EUR per Überweisung nach Erhalt.

- Bestell-Nr.: 5.383 _____ Nr. 33: Internet-Sicherheit
- Bestell-Nr.: 5.384 _____ Nr. 34: Europa der 25 – Osterweiterung der EU
- Bestell-Nr.: 5.385 _____ Nr. 35: Staatsverschuldung – Ausmaß und Folgen
- Bestell-Nr.: 5.386 _____ Nr. 36: Präsidentschaftswahlen in den USA
- Bestell-Nr.: 5.387 _____ Nr. 37: 20. Juli 1944 – Attentat auf Hitler
- Bestell-Nr.: 5.388 _____ Nr. 38: Jugendbeteiligung in der Demokratie

Weitere Themenblätter: siehe Umschlagseite 2!

- Bestell-Nr. _____ Exemplare _____

Jede Ausgabe enthält das Arbeitsblatt 27-29 fach!

Alle Themenblätter im Unterricht sind auch im Internet unter → www.bpb.de (Publikationen).

Themenblätter für die Grundschule

Doppelseitiges buntes Wimmelarbeitsblatt; pro Ausgabe 15fach plus Lehrerhandreichung:

- Bestell-Nr. 5.350 _____ Nr. 1: Mädchen und Jungen sind gleichberechtigt
- Bestell-Nr. 5.349 _____ Nr. 2: Meine Freiheit, deine Freiheit

- Pocket Politik _____ Exemplare
- Pocket Wirtschaft _____ Exemplare

Bestell-Nr. 5.340 _____ Methoden-Kiste

- Verzeichnis der lieferbaren Unterrichtsmaterialien, Bestell-Nr. 999 (wird ca. alle 6 Wochen aktualisiert)

Timer bitte nicht mit diesem Coupon bestellen!
(Siehe Rückseite)

Liebe Leute,

Im Juni 2004 erscheint der **bbp-Timer für das Schuljahr 2004/2005!**
Vorbestellen kann man ab sofort.

Mitwissen, mitreden, mitmischen: der informative Hausaufgabenkalender der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb enthält zu jedem Kalendertag interessante Mitteilungen aus aller Welt, aus Politik und Zeitgeschichte, Gesellschaft und Kultur. Jede der 53 Wochen ist auf je einer Doppelseite im speziellen Timer-Design gestaltet und farbig bebildert. Die Wochentage gibt's in 53 Sprachen von Albanisch und Arabisch bis Vietnamesisch und Walisisch. Dazu gehört ein Serviceteil mit Stundenplänen und Ferienkalendern, Wissenswertem, Landkarten sowie Tipps fürs Überleben in Schule und Gesellschaft. Und einen sorgfältig recherchierten Teil mit Links und Adressen für diejenigen, die noch mehr wissen möchten.



(da issert!)

Bestellen kann man so:

1. Online: → www.bpb.de/timer
2. per Fax: 01805- 84 63 72 72 (12 Cent pro Minute)
3. per Postkarte: bpb-Timer, Postfach 810627 in 30506 Hannover
4. per SMS: 84422 (Muster: timer, einzelexemplar, marie muster, timerweg 1, 88888 musterdorf); 49 Cent pro SMS; leider nicht aus dem D1-Netz.
Kommas nicht vergessen!

Die Bereitstellungspauschale beträgt pro Exemplar 2.- Euro.
Für Sammelbesteller gibt es Rabatt: ab 5 Exemplaren kostet der Timer nur noch 1.- Euro pro Exemplar und ab 100 Exemplaren 75 Cent. Dazu kommen jeweils 3 Euro Porto- und Verpackungspauschale. Die Bearbeitung und Auslieferung besorgt die Firma youngkombi.

Lieferzeit: etwa 7 Tage.

Achtung: Paketversand an Schuladressen **nur** vor und nach den jeweiligen Sommerferien, wenn die Sekretariate besetzt sind (um unnötige und teure Rücksendungen zu vermeiden).

Lieferung leider nur an Inlandsadressen und nur, **so lange der Vorrat reicht.**

Mai-Aktion für Aufgeweckte:

Alle „Multiplikatoren“ – das sind zum Beispiel Schulen und Schulsprecher/innen sowie Schülerzeitungsredaktionen – können bis zum 20. Mai ein kostenloses Musterexemplar bestellen.

Alle anderen können aber auch einen neuen Timer gewinnen:
beim **Timer-Online-Quiz** (ebenfalls unter → www.bpb.de/timer). Wer sich bis zum 20. Mai mit der richtigen Lösung bei uns meldet, bekommt einen kostenlosen Timer zugeschickt.

.....
Für **Fax-Besteller** (01805- 84 63 72 72 /12 Cent pro Minute):

Bitte senden Sie an folgende Adresse Exemplare des bpb-Timers 2004/2005.

Name: _____
 Schule: _____
 Straße: _____
 PLZ: _____ Ort: _____
 Unterschrift:

→ www.bpb.de/timer
Achtung!
Lieferung nur an Inland-Adressen.

Fax: 0 89-5 11 72 92
E-Mail: infoservice@franzis-online.de

Firma
Franzis' print & media
Postfach 15 07 40

80045 München

Lieferanschrift (nur Inland-Adressen!)

SCHULE PRIVAT

VORNAME:

NAME:

KLASSE/KURS:

SCHULE:

STRASSE:

PLZ/ORT: